



Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 20. Dezember.

47. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministerstift: die Grafen Bismarck, Iphenpliz und zu Eulenburg, Freiherr v. d. Heydt und v. Schadow.

Präsident v. Forckenbeck verliest eine Mittheilung des Präsidenten des Herrenhauses, betr. die gestrigen Beschlüsse dieses Hauses.

Handelsminister Graf Iphenpliz: Im Auftrage Sr. Maj. des Königs habe ich 2 Vorlagen in Beziehung auf die Eisenbahnverwaltung einzubringen. — Die erste betrifft die Fortsetzung der Eisenbahn von Köslin nach Danzig. Es ist ein Vertrag mit der Berlin-Stettiner Eisenbahn geschlossen worden, welche den Bau gegen eine Garantie von 3½ pCt. übernehmen will. Der Bau dieser Bahnstrecke ist im Interesse des Staates sowohl, als im Interesse des weiteren Ausbildungsbereichs der betreffenden Landesteile durchaus nötig.

Die andere Vorlage bezieht sich auf eine Anleihe zu Eisenbahngewinnen. Dieselbe ist zu verschiedenen Dingen nötig. Es soll davon befreit werden: 1) ein zweites Gleise der Ostbahn, welches unerlässlich ist, um dem Verkehr zu genügen; 2) ein zweites Gleise auf der Strecke von Altenbergen nach Soest. Das zweite Gleise für die Strecke von Altenbergen nach Holzminden wird aus erparsten Baugeldern hergestellt werden und ist bereits in Arbeit; 3) ein drittes Gleise für eine kurze Strecke der Saarbrücker Eisenbahn von Neuenkirchen bis zur Grube Reden, welches notwendig wurde, um dem Verkehr zu genügen; 4) eine kurze Strecke von Saarbrücken nach Saargemünd. Diese ist wiederum ganz notwendig, um den Kohlenverkehr mit den französischen Bahnen zu vermitteln; 5) eine kurze Fortsetzung der schlesischen Gebirgsbahn, welche nach den Mitteln, die bisher bewilligt worden sind, in Dittelsbach nahe bei Waldenburg endigte, und welche durchaus, um rentabel zu werden, in Verbindung gebracht werden müsste mit Freiburg und somit mit der Breslau-Freiburger Bahn.

6) Eine Erweiterung der Bahnlinie der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn bei Berlin, Breslau, Görlitz und Koblenz, welche alle dem jetzigen Verkehr durchaus nicht mehr genügen. 7) Die Verbindungsbahn bei Berlin. Die jetzige genügt durchaus nicht auch nur billigen Anforderungen; sie liegt gerade da, wo sie nicht liegen müsste und wo sie auch künftig nicht liegen wird; sie muss günstiger und zu höheren Zwecken ausgebaut werden; sie muss künftig nicht blos eine Güterverbindungsstraße, sondern auch eine Personen-Verbindungsstraße sein, und muss darin gelegt werden, wo man hingefüllt findet, wo man also die Möglichkeit hat, Chausseen und Straßen entweder über oder unter der Eisenbahn durchzuführen. Hier ist namentlich der Anlauf von Grünsäulen durchaus nötig und eilig; denn es werden alle Tage Bauten ausgeführt. Ich babe zwar die Strecke, wo die Bahn hintommen könnte und müsste, noch nicht festgestellt; 8) die Verlegung der Bahnhofts-Verbindungsstraße bei Breslau: auch ein ganz anerkannt dringendes Bedürfnis, welches täglich zu Beschwerden Veranlassung gibt. Bei dem unglaublich steigenden Verkehr und dem dadurch herbeigeführten Bedürfnissen ist mit den bestehenden Einrichtungen nicht auszukommen. Endlich 9) Vermehrung der Betriebsmittel der Staatsbahnen, sowohl an Lokomotiven, als besonders an Güterwagen. Die Bahnen sind jetzt in der traurigen Lage, dass dem Verkehr mit den vorhandenen Mitteln nicht genügt werden kann; aber dies sind durch den Krieg die vorhandenen Mittel sehr verbraucht, so dass eine Erneuerung derselben vielfach nötig ist. Dieses Alles wird nun nach der Vorlage, die hierdurch Ihrer Genehmigung unterbreitet wird, sofern die vorhandenen Mittel des Staates nicht ausreichen, durch eine Anleihe zu decken sein. Ich erlaube mir den Vorschlag, beide Gegenstände derselben Commission zu übergeben und möcht' vorschlagen, da die Sache von sehr großer Wichtigkeit ist, dass eine besondere Commission zu wählen.

Auf den Vorschlag des Abg. Reichenheim, der von den Abg. Abpell und v. Bonin unterstützt wird, werden beide Vorlagen der vereinigten Commission für Handel und Finanzen überwiegen.

Es wird darauf in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Gegenstand der Gesetzentwurf, betr. die Vereinigung der Herzogthümer Holstein und Schleswig mit der preußischen Monarchie, ist.

Der Gesetzentwurf der Regierung lautet: § 1. Die Herzogthümer Holstein und Schleswig mit Ausnahme eines durch Vertrag mit dem Großherzog von Oldenburg näher zu bestimmenden Gebietsteiles werden mit der preußischen Monarchie auf Grund der am 30. Oktober 1864 in Wien zwischen Preußen und Österreich einerseits und Dänemark andererseits und am 23. August 1866 in Prag zwischen Preußen und Österreich abgeschlossenen Friedensverträgen vereinigt. § 2. Die preußische Verfassung tritt in diesen Landestheilen am 1. October 1867 in Kraft. Die zu diesem Bevölkerungs- und Zustahbestimmungen werden durch besondere Gesetze festgestellt. § 3. Das Staatsministerium wird mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

Die Commission hat diesen Gesetzentwurf dahin amendirt: § 1. Die Herzogthümer Holstein und Schleswig werden in Gemäßigkeit des § 2 der Verf.-Urkunde für den preußischen Staat mit der preußischen Monarchie vereinigt. § 2. Wie oben, nur mit dem Zusatz: „und Ausführungs-Bestimmungen“. § 3. Wie oben.

Die Commission hält die Voraus-Ertheilung der Zustimmung zu einem Ländertausch mit Oldenburg für unzulässig, noch mehr die Vollmacht-Ertheilung „zu der urglücklichen Anwendung des Nationalitätsprinzips in Nord-Schleswig“. Die Frage der Real-Union Lauenburgs soll abgesondert behandelt werden.

Zu der Vorlage der Commission liegen folgende Amendements vor: 1) des Abg. Groote: § 2 Alinea 2. Bis dahin werden für dieselben die Befugnisse der Landesvertretung von den dortigen Ständen geübt; diese treten von da an (1. October 1867) in das Verhältniss von Provinzialständen zurück. Die in Betriff der Einführung der preußischen Verfassung, sowie der Feststellung des Wirkungskreises der bisherigen Stände in ihrer künftigen Eigenschaft als Provinzialstände notwendigen Bestimmungen werden durch besondere Gesetze getroffen. (Wirth nicht unterstütz.) 2) des Abg. Dr. Becker zu § 2 Alinea 1: Die preußischen Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 (Gesetz-Sammlung 1850 S. 45) über das Versammlungs- und Vereinigungsrecht vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung 1851 S. 277) und über die Presse vom 12. Mai 1851 (Gesetz-Sammlung 1851 S. 273) treten aber sofort in Kraft.

Die Commission beantragt außerdem folgende Resolution: Die preußische Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage bei seinem nächsten Zusammentreten einen Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit dem preußischen Staatsgebiete, in Gemäßigkeit des Art. 2 der Verfassung vorzulegen. Diese Resolution amendirt Abg. Dr. Becker dahin: „... dem Landtage sofort einen Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit dem preußischen Staatsgebiete, oder einen Zusatz dieser Art zu dem gegenwärtigen Gesetzentwurf über die Einverleibung von Schleswig-Holstein in Gemäßigkeit des Art. 2 der Verfassung vorzulegen. Motive: Der Landtag ist seit Abschluss jenes Berichtes vom 24. September d. J. bereits wieder zusammengetreten“.

Ref. Abg. Kannegießer: Seit Abschluss des Commissionsberichts sind Petitionen aus Schleswig und Holstein eingegangen, die einen gegen die Abtrennung Nord-Schleswigs, eine andere für diese Trennung. Sie sind durch den Commissionsbericht erledigt. Dieses Haus hat auf die Entscheidung der Regierung, ob und wann im nördlichen Schleswig eine Abstimmung stattfinden soll, nicht beurtheilt einzutreten. Ja, ich halte es für ganz unverständlich, dass sie die bei Düsseldorf und Alsen für Deutschland wiedergewonnenen Vorwahlen der deutschen Cultur jetzt, wo eine Neugestaltung Deutschlands in Aussicht steht, durch eine Abstimmung der Möglichkeit des Verlustes aussagen können. Es sind nun ferner Petitionen, deren eine von vielen Städten-Mitgliedern unterzeichnet ist, eingegangen, worin um Ablehnung des Gesetzentwurfs und um Erhaltung der Integrität des Landes gebeten wird. Ich glaube, dass die Ständemitglieder in der erregten Stimmung, in der sie sind, die aus den gegebenen politischen Zuständen hervorgegangenen Maßregeln nicht vorurtheilslos beurtheilen und ein gesundes politisches Votum zur Zeit nicht von ihnen zu erwarten ist. Wir Alle werden den Rechtsansinn und die Treue der Überzeugung des tapferen angelsächsischen Stammes achten, aber als politische Männer wissen wir, dass die Geschichte der Völker und Staaten

nicht allein nach den alten Sätzen des geschriebenen Rechtes entschieden werden. Die Geschichte Schleswig-Holsteins selbst gibt den Beweis dafür.

Seit langer Zeit sind die Geschichte der Herzogthümer im dänischen Interesse von Kopenhagen aus bestimmt worden; und niemals seit 1460 hat ein Herzog von Augustenburg über ein unabhängiges Schleswig-Holstein geherrscht. Erst nach die Jahrhunderten ist das Land durch das preußische Schwert von dänischer Herrschaft befreit und seiner uralten Verbindung mit Deutschland wieder gewonnen worden. Die Entscheidung über die Zukunft des Landes kann von diesem Hause nicht nach preußischen oder schleswig-holsteinischen Sonder-Interessen getroffen werden, sondern allein nach den National-Interessen. Ihr grösster Feind ist aber die Kleinstaaten, und die Aufrichtung eines schweren Staates Schleswig-Holstein lässt sich damit nicht vereinen; in einer Zeit, in der die Kronen alter Dynastien dem nationalen Zweck zum Opfer fallen, ist kein Raum für eine neue Krone. Schleswig-Holstein kann heute für die deutschen Interessen nicht besser gewonnen werden, als durch die Vereinigung mit Preußen und ich hoffe, dass die Schleswig-Holsteiner, wenn deutsche Bildung und Cultur dort noch mächtiger blühen wird, auch den Beifall des hohen Hauses als einen glücklichen preisen werden.

Gegen die Vorlage melden sich zum Wort die Abg. Groote, Dunder, Michelis (Altenstein), Dr. Jacobi und Reichenberger; für dieselbe Birken, Tweten, Cassel, Gr. Schulenburg.

Abg. Groote (gegen den Commissionsantrag): Mein Antrag, der soeben nicht ausreichend unterstellt worden ist, war für mich das einzige Mittel, mich mit der Annexion auszuzeichnen; jetzt sehe ich mich genötigt, gegen die Einverleibung zu stimmen, aber nicht im Sinne des Legitimitätsprinzips und der Kleinstaaten, sondern weil ich mir die Aufhebung derselben nur im Zusammenhang mit der gänzlichen Neugestaltung Deutschlands denken kann und es bekannt ist, dass nicht die Kleinstaaten, sondern die Großstaaten das größte Hindernis der deutschen Einheit gewesen sind. Preußen aber bietet uns jetzt nicht die Garantie, dass es im Stande ist, in Deutschland aufzugeben; daher hätte es als der Staat, der jetzt die Wahrung der deutschen Interessen übernommen hat, jene jetzt leider einverlebten Länder als Reichsländer erhalten und im Einverständnis mit ihren Ständen die Verwaltung führen müssen. Dadurch wäre die direkte Unterordnung unter die Reichsgewalt und die Herstellung dieser selbst sehr erleichtert worden. Die Einverleibung von Schleswig-Holstein aber soll jetzt wieder nur im Interesse der vortheilhafteren Gestaltung Preußens vorgenommen werden und das wahre deutsche Interesse ist kaum auch nur Nebenzweck; und daraus ist denn auch die Wahl der Titel zu erklären, auf Grund deren man vorgehen will und mit welchen es doch sehr schwach steht. Durch den Krieg gegen Dänemark für Schleswig-Holstein war nur der Besitz derselben für Deutschland e. langt. Aber die Intentionen ändern sich plötzlich und man geht zur Gewalt gegen die Schleswig-Holsteiner selbst über, welche sich durch das Eroberungsrecht nach glücklichem Ausgang eines „eleganten Krieges“ rechtfertigt.

Dies Recht aber ist hinfällig und es hat nur insofern Interesse, als sich daran die schwersten Folgen knüpfen für das Interesse Deutschlands und der Freiheit. Selbst große Rechtslehrer, wie H. Grotius, dessen Werth ich hier bei mir führe (Heiterkeit), sind in diesem Punkte sehr besangen, und der einzige richtige Satz in seinem gelehrten Werke ist der, dass der Krieg ein gerechter sei muss. Das Kriegsrecht muss daher nur die Anwendung der Gewalt zur Erlangung gerechter Ansprüche seir. In Deutschland war daher nur eine Änderung zu seinem Wiederaufbau auf dem Grunde der Nationalität erlaubt; und ich bedauere, dass bei der Annexion vorlage der damalige Regent mit unerhörter Sofisitik gefasst hat, die deutsche Staatsordnung sei zerstört und darum Deutschland ein geeigneter Tummelplatz für Eroberungen gewesen. Für den Werth der positiven Rechtsstelle, auf welche man sich stützt, verweise ich nur auf den Eindruck, welchen der damalige Bericht im Herrenhaus gemacht hat. Ich bemerkte nur noch schieflich — (Bravo rechts!) — Redner nach rechts: wenn Sie mir nicht mehr zuhören wollen, m. h., dann gehen Sie doch nach dem Speisesaal und entsprechen Sie dort Ihrem heutigen Vorhaben, eine recht tüchtige Mahlzeit zu genießen, natürlich mit holsteinischen Außern! (Heiterkeit, Glocke des Präsidenten.) — ich bedauere also, dass man in unserm aufgelösten Jahrhundert noch mit solchen Grundsätzen vor uns treten kann, wo der Willen der Nationen eingetreten ist in den Kreis der mährenden Mächte. Wer die letzten nationalen Bande Deutschlands zerrissen hat, ist verpflichtet, etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen! Den Kern nun suchen Sie zu stärken, an welchen sich die einheitliche Konsolidation ansetzen soll; von dieser selbst aber ist nichts zu sehen. Darum kann ich auch dieser Einverleibung nicht zustimmen; wenn sie aber auch so gut wie beschlossen ist, so nehmen Sie sie wenigstens in dem Geiste vor, dass wir dadurch auf der Bahn zur deutschen Einheit fortschreiten. Ich bitte Alle, welche noch ein Herz für das deutsche Vaterland haben, stimmen Sie in diesem Sinne!

Abg. Tweten (für den Commissionsantrag): Ich bin nicht der Ansicht des Vorredners, man müsse sich gegen die Erreichung eines Theiles unserer Wünsche ablehnend verhalten, so lange nicht das Ganze erreicht werde. Rom ist auch nicht in einem Tage erbaut worden! Mit solchen Grundfählen erreicht man in der Politik nichts! Der Partikularismus hat stets gegen jede Concession das geltend gemacht, dass man nur einen fertigen einzigen Deutschland etwas abtreten könne. Auch in Schleswig-Holstein will man dem zukünftigen Ideale eines einzigen Deutschland alles concedieren, aber nicht dem Staat, der in meinen Augen jetzt Deutschland vertritt; Niemand will den Unfang machen. Ueberall bedient man sich eines leeren Vorwandes, um sich einer Leistung zu entziehen, welche als gerecht Niemand zu leugnen mag. Lage die Rechtfertigung der Annexion nur in den Machtbestrebungen Preußens, so könnte man dem Vorredner bis zu einem gewissen Grade Recht geben; in meinen Augen aber ist Preußen nicht mehr ein deutscher Staat, sondern der deutsche Staat; denn wenn man die jetzigen Verhältnisse Dästerreichs betrachtet, wird man sich wohl hüten, es für einen deutschen Staat zu halten und die Kleinstaaten verdienen nicht mehr, Staaten zu heißen; denn sie haben wegen den Willen noch die Kraft, etwas zu erreichen. Bleibt aber Preußen als einziger deutscher Staat auf der Bahn der deutschen Geschichte, dann ist nicht mehr von der Unterordnung eines Partikularismus unter den andern, sondern nur noch von der Unterordnung des Theiles unter das Ganze die Rede, welche wir verlangen müssen und können.

Ich erkenne es an, dass ein positiver Rechtsstelle für die Annexion nicht aufzustellen ist, und wenn man ihn dennoch finden wollte, so war das eine eben solche Schmach für unsere Jurisprudenz, wie der Obertribunalsbeschluss. Aber die Zukunft des deutschen Volkes ist der Titel, auf welchen wir verweisen! Im Anfang dieses Jahrhunderts wurden auch aus 300 selbstständigen Staaten 40 gemacht; meine Herren, das war auch ein Unrecht, — aber es war eine Notwendigkeit! (Bravo!) Und auf diesen Titel beruft sich die Regierung selbst in den Motiven der Annexion vorlage. Und wenn die Schleswig-Holsteiner in einer Eingabe sagen, die Annexion gegen ihren Willen sei eine irrtümliche Auffassung der nationalen Aufgabe Preußens, sei Willkür an Stelle des Gesetzes, welche die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft untergrabe, so haben das die Fürsten am Anfang dieses Jahrhunderts und ebenso jene italienischen Fürsten gefragt. Aber die Schleswig-Holsteiner fühlen sich mehr beeinträchtigt, als die Hannoveraner, Kurhessen u. s. w.; in diesen Ländern war der Kriegsstand, und das Eroberungsrecht ist nun einmal nicht hergeholt; man unterwirft sich ihm, wenn auch murrend. Aber, sagen Sie, dieser Titel konnte nur Dänemark und Österreich, nicht den Herzogthümern gegenüber geltend gemacht werden. Wenn Sie aber höhere Verhüttigung verlangen, als die übrigen Länder, die auch ohne Ihre Zustimmung dem deutschen Staat einverlebt sind, so kann ich das nicht billigen. Die Bevölkerungen werden nicht darüber zu entscheiden haben, was nach großen Umwälzungen Recht sein soll, sondern der Sieger; das ist nun glücklicherweise Preußen, welches folglich die Verhältnisse zu gestalten hat. Durch die Thatsachen dieses Sommers sind wir Alle in die Lage gekommen, unsere Ansichten in den Punkten ändern zu müssen, welche wir als unhaltbar erkennen muften.

Sie (nach rechts) haben Ihre großen Sympathien für eine Personalunion Schleswig-Holsteins mit Dänemark aufzugeben müssen, wir den Augustenburger; wir haben eben die Thatsachen hinzunehmen und auf ihrem Boden zu handeln. Nur dazu wollen wir uns nicht verstehen, jetzt für Unrecht zu erklären, was wir früher für Recht hielten. Aber darum soll man veraltete Ansichten jetzt nicht mit Spott und Höhe verlässt; denn Nichts ererbte unsere zukünftigen Mitbürger mehr als das. In großen Versammlungen haben die Schleswig-Holsteiner wiederholzt gezeigt, dass sie dem preußischen Staat eintäumen wollen, was der Herr Ministerpräsident selbst in den Februarforderungen verlangte. Dem Erbprinzen sind diese Bedingungen nie zur Erklärung vorgelegt worden, weil, wie man sagte, der Ministerpräsident nicht in der Lage sei, mit einem nicht anerkannten Prätendenten zu unterhandeln. Derselbe glaubt sich mit dem König von Preußen einig bis zu dem Tage, an welchem die bekannte Unterredung mit dem Herrn Ministerpräsidenten stattfand. Ich bin überzeugt, dass der Prinz bei dieser Unterredung nicht klug gehandelt hat, wenn er auch durch die Eventualitäten, die ihm der Ministerpräsident entwickelte — und, wie ich annehme, in etwas reizender Weise entwickele — sich mit ungünstigen Ausführungen hinreißen ließ. Er musste dann wohl fürchten, dass auch bei dem Könige eine Änderung eintreten würde. Das ihn aber Preußen besiegen wollte, war vom Beginn des Krieges an durchaus klar; dagegen wurde es ausdrücklich erklärt, dass man es für gerechtfertigt halte, für die Eroberung Schleswig-Holsteins nötigensfalls die Erstlings Preußens einzusehen. Es konnte sich also kein Mensch irgend einer verartigen Täuschung hingeben.

Richtig ist es aber, dass das ganze Benehmen Preußens vom Beginn des Krieges mit Dänemark bis an den Anfang dieses Jahres so widersprüchlich war und die Bevölkerung so reizend und erbitternd, dass man es ihrem Sinne für ihr Recht und ihre Ehre nicht verargen kann, wenn sie ihn für verlegt halten. (Hört! Sehr richtig!) Bald macht man ihnen Hoffnung, dass sie ihre Stimme mit würden abgeben können über ihr Schicksal, bald überschüttet man sie mit Hohn und Spott. Und dies dauert leider jetzt noch fort. Um nicht den Vorwurf allgemeiner ungegrundeter Angriffe auf mich zu laden, nenne ich nur den Hrn. v. Scheel-Plessen, einen Mann, vor dessen Staatsmannschaftlichkeit und Umficht in der Verwaltung ich allen Respect habe. Aber sein Benehmen ist seit Beginn des Krieges allgemein gemäßigt worden wegen seiner großen Hinneigung zu Dänemark; so war er noch nach dem Tode Friedrich's VII. in Kopenhagen, um für die Personal-Union zu wirken; er war es, der erklärte, die Ritterlichkeit wünsche keinen selbstständigen Staat, weil ihre Mitglieder dann nicht genügend Militärcarriere machen könnten! (Hört!) Dass man für solche Männer keine besondere Vorliebe hat, ist nicht zu verwundern. Er hat nur ferner zum Amtmann in Rendsburg einen Mann ernannt, der noch während des Krieges sich in Kopenhagen zum Kammerbeamten machen ließ. (Hört!) Ferner sieht jetzt zwei Herren in die Regierung berufen, deren einer, Herr Schulze, an der Abfassung der Schrift übernommen hat, welche die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg auf beide Herzogthümer darlegen sollte. (Hört! Hört!)

Durch die Regierung dieser Leute wird das Land noch jetzt in Ebbiterung erhalten. Aehnlich ist das Vorgehen gegen die Presse. Der „Alttoner Merkur“, ein altes sehr zahmes Blatt, ist bedroht worden, weil es einzelne Maßregeln des Hrn. v. Scheel-Plessen missbillig beprochen hat (Hört! Hört!); ebenso die „Norddeutsche Zeitung“ und die „Schleswigschen Nachrichten“, welche ausdrücklich begründet worden sind, um für die Annexion zu wirken. (Hört! Hört!) Hier eine Änderung eintreten zu lassen, ist erste Notwendigkeit. Ebensso ist die Organisation der Gesetzgebung vernachlässigt; ich bin überzeugt, dass die Regierung den besten Willen haben wird, dann mag sie aber schnell und entschieden vorgehen. Ich glaube ferner, dass eine Erklärung des Hrn. Ministerpräsidenten sehr zur Verübung der Befürchtung beitragen würde, dass die Herzogthümer einen Theil der dänischen und der Kriegsschule als Provinzialschule beobalten sollen. Ferner sind erhebliche Klagen geführt worden über einzelne Misshandlungen von Seiten der Dänen noch in neuerer Zeit, über die Weigshleppung eines großen Theils der Gottorpschen Bibliothek, des Archivs, der Flensburger Sammlung Schleswig-Holsteins Altertümer. In den Artikeln 14—20 des Wiener Frierens ist die Zurückgabe derselben ausdrücklich stipuliert; die dänische Regierung aber behauptet hartnäckig, die Sammlungen seien zerstreut, trotzdem sie kurz vor Ausbruch des Krieges auf ausdrücklichen Befehl verpackt und über Alsen nach Fünen gebracht wurden. Es ist also nur böhler Wille, wenn die Zurückgabe verweigert wird.

Die Regierung hat es bei der Auseinandersetzung in der Hand, die Erfüllung solcher Pflichten zu erzwingen. Die bei Weitem wichtigste Frage aber ist die Abtretung eines Theiles von Nord-Schleswig an Dänemark. Die Herzogthümer haben ihre Untrennbarkeit von jeher als eine Frage ihrer Ehre und ihres Herzens betrachtet; begreiflicher Weise verursacht daher diese Eventualität große Aufregung. Ich halte diese Awendung des Selbstbestimmungsrechtes, wie sie allerdings nun einmal im Frieden mit Oesterreich stipuliert ist, feineswegs für glücklich und sie muss in dem übrigen Theile der Herzogthümer so wenig erbitten, als das übrige Land eben nicht um seinen Willen befragt werden ist. Nur das Eine wird die Regierung jetzt noch unter allen Umständen festhalten müssen, dass nicht Orte aufgeopfert werden, welche als Hört und Vorposten der deutschen Sache von jeher gegolten haben. Die Biegung der Grenze, innerhalb welcher die Abstimm

uns gar nicht genau discutirt werden und in anderen waren unsere Ansprüche damals viel gemäßiger als später in den Februarbedingungen. Ich glaube versichert zu sein, daß ich mich dem entsprechend geführt habe. Ich erinnere mich, daß, als ich von dem Hafengebiet sprach, der Prinz darauf hinzies, das könnte sich ja gar um Quadratmeilen handeln. Sie können daraus den Maßstab dessen entnehmen, was er zu bewilligen bereit war. Daß ich in früheren Zeiten zu irgend jemand gesagt haben soll, ich zöge die Personal-Union der Einigung der Familie Augustenburg vor, muß ich stark bezweifeln. Natürlich kann ich nicht jedes Wort im Gedächtnis behalten, was ich zu den vielen Hunderten von Deputationen gesprochen habe, die ich gehabt. Dieses aber kann ich nicht gesagt haben, weil es niemals meine Meinung war, und warum sollte ich gerade diesen Leuten das Gegentheil meiner Meinung sagen!

Ich habe stets an dem Klimax festgehalten, daß die Personal-Union besser ist wie der bestehende Zustand, daß ein selbstständiger Fürst besser ist als die Personal-Union und daß die Vereinigung mit dem preußischen Staate besser ist, als ein selbstständiger Fürst! (Bravo! Heiterkeit!) Welches davon das Greichbare war, das könnten allein die Ereignisse lehren. Wäre danach Personal-Union das Maximum gewesen, so hätte ich mich vor der Hand bei der damaligen Lage der Dinge im Interesse Deutschlands nicht für berechtigt und berufen gehalten, diese Abschlagszahlung nicht anzunehmen. Aber es ist ja nicht zweifelhaft, daß im ganzen Laufe des Jahres 1864, wenn irgend eine annehmbare Verständigung mit dem Prinzen von Augustenburg nicht zu erreichen gewesen ist, indem der Prinz die Bedingungen, die Se. Majestät und Sr. Majestät Minister allein für annehmbar hielten, nicht eingegangen ist. Aber ich gebe noch weiter, wenn wir einmal auf Persönlichkeiten kommen. Vorigen Jahrz vor den Gasteiner Verhandlungen habe ich den bayerischen Minister v. d. Pfordten gebeten, seine Vermittelung dahin einzutreten zu lassen, daß zur Verhütung eines Conflictes, der ganz Deutschland ereignen könnte, Unterhandlungen geführt würden, durch welche der Prinz von Augustenburg bewogen würde, einen für Preußen annehmbaren Frieden mit Sr. Majestät zu machen, wobei ich erklärt, daß ich dem Prinzen zu diesem Behufe am Hofe eine günstige Aufnahme vermittelte würde, wenn sich der Prinz dorthin begeben wolle.

Der bayerische Minister war sehr bereitwillig, diese Vermittelung zu übernehmen, er hat sich an den Prinzen — ob auch an dessen Räthe, weiß ich nicht — gewandt, bat jedoch einige Wochen gar keine und später eine fahle und ablehnende Antwort erhalten (Heiterkeit). Hifftir habe ich Zeugen. Wenn ferner behauptet worden ist, daß sich in irgend einer Beziehung ein Unterschied in den Croberungsverhältnissen von Schleswig-Holstein und dem von Hannover anführen ließe, so ist dies nur so zu acceptiren, daß unser Croberungsrecht an den Herzogthümern ebenfalls ein noch stärkeres ist, es ist ein doppelter. Wir haben sie zuerst den Dänen abgenommen und dann dem mit unsrigen Feinden verbündeten Prinzen. Nehmen Sie an, der Prinz wäre wirklich legitimer Regent gewesen, so ist er eben so sehr der Bundesgenosse unserer kriegerischen Gegner gewesen, als der König von Hannover oder der Kurfürst von Hessen. (Sehr richtig!) Er ist es aber mit mehr Besonnenheit, mehr Berechnung und weniger Offenheit gewesen. Wäre unser Vorgeber in der Mitte Juni d. J. weniger schnell erfolgt, so würden wir es erlebt haben, daß auf der Basis des Bundesbeschlusses vom 14. Juni d. J. sich in Hannover, an dem Krystallisationspunkt des Gablenz'schen Corps, hannoverische und aquitanische Truppen im Felde befunden hätten, um eine Division gegen Berlin zu machen. Ich bedauere, daß der Herr Vorredner von der Höhe der politischen Auffassung, die ihn ja kennzeichnet, herabgetreten ist, um Persönlichkeiten auf der Tribüne in diesem Augenblick vor die Öffentlichkeit zu bringen. Ich kenne nicht die einzelnen untergeordneten Persönlichkeiten in der Verwaltung von Schleswig-Holstein, habe in diesem Augenblick auch nicht die Zeit dazu, mich darum zu kümmern.

Ich muß mein volles Vertrauen auf den Baron v. Scheel-Plessen setzen, und er genießt es in vollster Höhe. Er ist der erste Schleswig-Holsteiner, der schon im Jahre 1864 in Schönbrunn mit den festen Entschluss ausgesprochen, für nichts Anderes als für den Anschluß an Preußen zu wirken, und die Verdächtigung, daß er dänischen Interessen diene, ist eine, die er nicht verdient und die ich auf das Bestimmteste zurückweise. Ich bause auf seine Treue eben so fest wie auf die irgend eines anderen Dieners Sr. Majestät des Königs. (Beifall rechts.) Das die König. Staatsregierung ihm mit einer gewissen Freiheit erhalten lassen muß, daß ein schneidiger und entschieder Charakter, wie der des Herrn v. Plessen sich viele Jahre lang im Kampf für sein Land gegen Dänemark bewährt hat, seine unbestreitbare Ruhmeseite hat, die indessen mitunter ihn das Ziel hinausgeschossen lassen und Freunde verlegen mag, anstatt den Gegnern zu kämpfen, das mag sein, vergleichen ist von einem solchen kräftigen und männlichen Charakter sehr häufig unzertrennlich. Ich habe aber so viel gelernt, daß man dergleichen mit in den Kauft nehmen muß. Man muß bei einer sonst pünktlichen zuverlässigen Persönlichkeit auf solche kleinen Reibungen gefestigt sein und daraus keine Ursache zum Bruch oder zu einer Auseinandersetzung machen, die notwendig, wenn man nicht Zeit und auch nicht Lust hat und es nicht für zweckmäßig hält, die Geschäfte dergestalt zu centralisieren, daß man gewissermaßen in jedem Gendarmen persönlich darin signiert will, was ja ein Vorwurf gegen die preußische Verwaltung ist, daß jede Brücke im Lande vom Ministerium des Innern selbst gebaut wird, und daß jede kleine rechthaberische Beschwerde von verdeckten Gemüthern gleich an die große Glocke gehängt wird, daß man deshalb die höchsten Beamten und gleich ganze Systeme wechselt. (Beifall rechts.)

Die Möglichkeit der Abtretung eines Theiles von Nordschleswig hat der Herr Vorredner wie die ganze Weltlage, aus dem schleswig-holsteinischen Gesichtspunkt ausschließlich aufgefaßt. So können wir die Frage nicht beurtheilen. Wären wir mit Schleswig-Holstein und Dänemark allein auf der Welt, so würde ein solcher Friedens-Paragraph nicht existiren. (Heiterkeit) Ich muß schon gegen meine Gewohnheit etwas weiter ausschönen, um die Gründe klar zu legen, welche die Regierung bestimmten, einen dem öffentlichen Gefühl widerstreben und mit den reichen Erfolgen Preußens in Widerspruch stehenden Artikel in den Frieden aufzunehmen.

Das große europäische Defensiv-System gegen Frankreich, das vom Jahre 1815—1840 bestand, gewährte seinen Theilnehmern Sicherheit, aber wenigstens für Preußen eine abhängige Sicherheit. So lange Preußen ihm angeboten, mußte es auch den unglaublichen Buchstaben, der ihm im Jahre 1815 gegeben wurde, extragen, so daß es von seinen eigenen Angebriegen im Allgemeinen als hilfsbedürftig gegen Frankreich angesehen und diese angebliche Hilfsbedürftigkeit zur Basis der Speculation auf unsere Nachgiebigkeit gegen unerwünschte Forderungen gemacht wurde. Diese Speculation ist in den letzten Jahrzehnten namentlich von Österreich und von einem Theile unserer deutschen Bundesgenossen sehr weit getrieben worden. War sie eine berechtigte? fragt man sich.

Die Interessen Preußens tragen an und für sich nichts in sich, was uns nicht den Frieden und ein freudlich nachbarliches Verhältniß voll vertrauen zu Frankreich wünschenswert macht, wir haben bei einem Kriege mit Frankreich, selbst bei einem siegreichen, nichts zu gewinnen. Der Kaiser Napoleon, im Widerpruch zu früheren französischen Dynastien, hat in seiner Weisheit erkannt, daß Frieden und gegenseitiges Vertrauen im Interesse beider Nationen liege, daß sie berufen seien, als gute Nachbarn die Bahn des Fortschrittes in Wohlfahrt und Geitung neben einander zu wanheln. In wie weit diese seine Überzeugung von seinen Untertanen und Landsleuten überwiegend achtet wird, steht mir nicht zu, zu beurtheilen; ich habe nur mit der französischen Regierung in der Politik zu reden. Ein solches Nebeneinandergeben aber bedingt eine wohlwollende Absonderung der gegenseitigen Interessen. Welches sind nun im großen Ganzen, ohne den Stoff vorübergehender Ereignisse in Ansatz zu bringen, der darin eine Aenderung bewirken kann, die Interessen Frankreichs in Bezug auf Deutschland? Betrachten wir sie ganz ohne deutliches Vorurtheil; suchen wir uns auf den französischen Standpunkt zu sehen; es ist dies die einzige Art, fremde Interessen gerecht zu beurtheilen.

Es kann für Frankreich nicht erwundert sein, daß in Deutschland eine Übermacht entsteht, wie sie sich da stellen würde, wenn man sich Deutschland unter geinger österreichischer Leitung dachte, ein Reich von 75 Millionen, ein Österreich bis an den Rhein, selbst ein Frankreich bis an den Rhein wäre dafür kaum ein Gegengewicht. Es ist für ein Frankreich, welches mit Deutschland in Frieden leben will, ein Vortheil, wenn Österreich an diesem Deutschland nicht beteiligt ist, da die österreichischen Interessen mit den französischen in Italien, im Orient, mannigfach collidiren. Zwischen Frankreich und einem von Österreich trennten Deutschland sind die Berührungspunkte, die zu feindlichen Beziehungen führen können sehr viel geringer, und daß Frankreich ein Bedürfnis hat, zum nächsten Nachbar einen solchen zu haben, mit dem es alle Hoffnung hat, in Frieden zu leben, einen solchen, dem 35 oder 38 Millionen Franzosen in defensiven Kampfe vollständig gewachsen sind, in ein natürliches Interesse, das kann man nicht verargen. Ich glaube, daß Frankreich, wenn es seine Interessen richtig erkannte, weder zugeben könnte, daß die preußische Macht aus Deutschland verschwindet, noch auch die österreichische. Welches sind weiter die Interessen Frankreichs bei einer europäischen Verbindung, namentlich der jetzigen Dynastie? Es ist die Verächtigung des Systems der Nationalitäten.

Dem entsprechend hat es die dänische Frage von Anfang an aufgefaßt, hat es auf der Londoner Konferenz und in der Zeit vor und nach ihr eine weniger schroffe Stellung gegen die deutschen Ansprüche Dänemark gegenüber eingenom-

men, soweit sie mit der Idee der Nationalität zusammenfielen. Hier ist ihre vollständige Durchführung ganz unumgänglich, weil die Nationalitäten so gemischt sind, daß sich nirgends eine Grenze, die sie vollständig von einander sondern, ziehen läßt; aber es war das Interesse, das Frankreich verfolgt hat, das es möglich machte, den deutschen Beitrügern nicht mit der Schröffheit gegenüberzutreten, wie es von anderen Mäden geschah. In der Zwischenzeit ist man in vertraulichen Besprechungen mit Dänemark, mit anderen Mächten häufig auf diese Frage zuriethet gekommen; wir haben niemals die Initiative dazu ergriffen, weil es uns keine bequeme war. Ich bin stets der Meinung gewesen, daß eine Befreiung, die wirklich in zweifellos manifestirtem Willen entschieden nicht preußisch oder nicht deutsch sein will, keine Stärkung der eigenen Macht bildet. Man kann zwingende Gründe haben, dennoch auf ihre Wünsche nicht einzugehen, Gründe geographischer Natur, die es unmöglich machen, solche Wünsche zu verwirklichen.

Es fragt sich, ob und in wie weit dies hier zutrifft. Die Frage ist eine vollständig offene und wir haben bei ihrer Erörterung jederzeit hinzugetragen, daß wir uns niemals dazu herbeilassen können, unser militärische Sicherheitslinie durch irgend ein Arrangement zu compromittieren, daß wir aber zweifellos und unabhängig manifestierte Wünsche, deren Aufrichtigkeit und ganz ehrliche Konstitution klar ist, unter Umständen berücksichtigen können. So ungefähr hat eine Anzahl vertraulicher Besprechungen in der Zwischenzeit gelautet. — So lag die Sache, als Frankreich durch die Ereignisse im Juli d. J. in die Lage kam, seine eigenen Wünsche mit einem ganz besonderen Gewicht zu accentuieren. Ich brauche Ihnen die Situation nicht zu schildern, sie ist bekannt genug, und Niemand hat Preußen zumuthen wollen, zwei große europäische Kriege gleichzeitig zu führen oder in dem Moment, wo es den einen führte und seine Früchte noch nicht gejährt hatte, seine Beziehung zu anderen Mächten zu compromittieren. In dieser Lage wurde Frankreich von Österreich zum Vermittler der Streitigkeiten berufen, also vollkommen legitim durch einen der streitenden Theile berufen, seine Meinung geltend zu machen. Das Frankreich die Erfordernisse seiner Politik berücksichtigte, kann ihm Niemand verdenken; insofern es sie mit Wägigkeit berücksichtigt hat, darüber, glaube ich, ist es für das Publikum noch zu früh, zu urtheilen und ich möchte Sie bitten, dies der Appreciation der Regierung zu überlassen.

An uns trat die Frage heran, nicht ob wir es den Wünschen der Schleswig-Holsteiner entsprechend halten, sondern ob wir in dieser europäischen Lage, in der wir uns vor Wien befinden, die Gesamtheit dessen, was uns von Österreich durch französische Vermittelung und, wie ich vermutte, auf Grund französischer Redaction geboten wurde, annehmen oder ablehnen sollten. Die Materialien zur Entscheidung waren nicht eben in der wünschenswerten Gegenwärtigkeit, unsere Communicationen waren wesentlich unterbrochen, Telegramme brauchten 3, mir unter 6 Tage, bevor sie aus den europäischen Residenzen ins Hauptquartier gelangten. Die königl. Staatsregierung konnte die Motive für ihre Entscheidungen nur in der allgemeinen europäischen Lage und der augenblicklichen Stimmung finden. Eine starke Unlehre hatten wir an der ursprüchlichen Vertragstreue Italiens, die ich nicht hoch genug rühmen und deren Werth ich nicht hoch genug anschlagen kann (hört! hört!); die italienische Regierung hat der Versuchung, sich durch ein Geschenk des gemeinschaftlichen Feindes Österreich sich von dem Bündnis abziehen zu lassen, mit großer Entschiedenheit widerstanden (hört! hört!), und wir haben darum gegründete Hoffnungen an die zukünftigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien geläufig (hört! hört! lauter Zuspruch von verschiedenen Seiten des Hauses) auch außerhalb des Schlachtfeldes.

Dennoch war unsere Überzeugung, daß wir den Bogen nicht zu hoch spannen dürften, daß es nicht angemessen sei, durch Verwerfung der Einzelheiten, durch Discussionen die Gesamtheit der Errungenschaften wieder in Frage zu stellen und ihre vollständige Sicherung vielleicht von weiteren europäischen Complications abhängig zu machen. Es ist sehr schwer, von Haufe aus zu übersehen und zu ermessen, wie weit eine Discussion führt, die oft von einem kleinen Anfang zu einer Differenz anwächst. Ich selbst habe Se. Maj. unumwunden dazu gerathen, wenn die Sachen vor uns gelegt würden, à prendre et à laisser, zuzuschlagen und zu nehmen, nicht wie ein waghaliger Spieler das Ganze nochmals auf's Spiel zu setzen. (Zustimmung rechts.) Diejenen Verhältnissen m. h. verdankt diese Clauzel in dem Bertrage ihre Entstehung. Die vage Fassung, die sie erhalten, läßt uns eine gewisse Latitude der Ausführung; ich halte aber für nötig anzuführen, daß, wenn wir auch der Amending der Commission nicht widersprechen, wir uns doch unmöglich durch die Beschlüsse des Landtags von Verpflichtungen entbinden lassen können, die wir eingegangen sind, sondern wir müssen sie halten, aber wir werden sie so zur Ausführung bringen, daß über die Abstimmung, auf deren Grund wir verfahren, über deren Freiwilligkeit und Unabhängigkeit, über den durch sie vorgegebenen definitiven Willen kein Zweifel mehr bleiben kann.

Ich weiß nicht, ob die Discussion weiter fortgeführt wird oder ein baldiger Schlusshandlung bevorsteht. Im ersten Falle möchte ich die Herren bitten, die Discussion in diesem Moment nicht zur Ablagerung von mehr oder weniger feindseligen Partei-Anträgen zu benutzen, sondern den Blick nur nach Außen zu richten und die Nothwendigkeit im Auge zu behalten, daß wir jetzt Rücken an Rücken stehen, das Gesicht dem Auslande zugekehrt, um unsere Interessen gemeinschaftlich zu wahren und zu verteidigen. Es würde mir das um so lieber stehen, als ich leider nicht im Stande bin, der Discussion bis zum Ende beizuwollen, sondern um diese Zeit nothwendig bei den Verhandlungen der norddeutschen Bedürftigkeiten zugegen sein muß. (Lebhafte Beifall.)

Der Schlus der Debatte wird von der rechten Seite beantragt und angenommen; es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Zweiten: Der Herr Ministerpräsident hat mich misverstanden; ich habe nur behauptet, daß er vor dem Beginn des dänischen Krieges die Personalunion mit Dänemark gewollt habe; ferner habe ich nur gesagt, der Herzog von Augustenburg sei nicht auf die Verhandlung weiter eingegangen, weil er überzeugt gewesen sei, daß der Ministerpräsident nicht die Februarbedingungen, nicht um zu reisen oder die deutsche Politik der Regierung anzusehen, sondern lediglich nur auf einige Punkte aufmerksam zu machen, die anders behandelt werden müssen, um die Stimmung der Herzogthümer für uns zu gewinnen.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich erwidere dem Herrn Vorredner, daß ich zu dem Vorwurfe der Parteianhänger nicht durch seine Rede, sondern durch die Besorgniß vor der weiteren Rednerliste veranlaßt worden bin, dem Herrn Vorredner vielmehr kann ich das Zeugnis geben, daß er stets in seinen Reden das Interesse des Landes über die Parteianhänger gestellt hat. Des Herrn v. Plessen habe ich mich als eines abwesenden Freunde angesehen.

Abg. Kannegiesser beträgt die Amendingen; die Commission habe in ihrer Mehrheit nicht das Croberungsrecht, sondern lediglich die deutsch-nationalen Interessen als Grund für ihr Votum angegeben.

Abg. Dr. Jacoby: Ich muß die Bemerkung des Herrn Ministerpräsidenten auch auf mich beziehen. Ich kämpfe nicht gegen das Interesse des preußischen Staates, sondern gegen die Zwangs-Einderlebung, da es nicht im Interesse des Staates liegen kann, Unrecht zu thun.

Ministerpräsident: Ich habe gar nicht gewußt, daß der Herr Vorredner auf der Rednerliste steht.

Abg. Dr. Michaelis (Allenstein) verwahrt sich wie der Abg. Jacoby. Im wahren Interesse des preußischen Staates müßte er sich gegen die Zwangs-Einderlebung ohne Rechtsgründe erklären.

Bei der Specialdiscusion über § 1 erhält das Wort Abgeordnete Kant: Bei dem Hannover u. s. w. betreffenden Annexionsgesetzes enthielten wir uns der Abstimmung: gegen das vorliegende müssen wir stimmen. Bei der früheren Vorlage stellte ich die Regierung auf den nationalen Standpunkt und wir fordern gern die Bildung von Staaten auf solcher Grundlage; aber wir erklären uns gegen Staaten-Conföderation, deren Bestandtheile gegenüberstehende Interessen haben. Nach den Herzogthümern ging das Heer zur Befreiung, nicht zur Croberung. Ein politischer Rechtsstiel liegt selbst nach der Commission nicht vor. Noch viel weniger können wir einen finden. Auf die politischen und praktischen Motive gehen wir um so weniger ein, als wir so viele traurige Erfahrungen mit ihnen gemacht haben, wenn man Recht und Moral dabei vergleicht. Der schöne Schlus der Debatte zeigt, wie schnell eine darüber hinweggehen wollen. Darum will ich nur noch das Wort eines Mitgliedes dieses Hauses citeren, das nicht auf meiner Seite sitzt und dessen glänzvoller Rede Sie so oft gehört haben. „Die Annexionspolitik muß ich aus voller Seele verabscheuen... Wer sie macht, verändert sich am Genius der deutschen Nation.“ Wir werden uns nicht an ihm verändigen und gegen das Gesetz stimmen.

Der § 1 der Commissions-Vorlage wird darauf mit allen Stimmen gegen etwa 30 angenommen (dagegen die Polen, die Katholiken und einige Mitglieder der Fortschrittspartei).

Zu § 2 vertritt der höchstherrnde Dr. Becker sein Amending. Am 1. Februar 1864 erließ der höchstherrnde in Schleswig-Holstein eine Proklamation,

vorübergehende Ausnahmen verlangte. Seitdem sind die Rechte des Landes nicht nur nicht geschützt, sondern gräßlich verletzt worden. Selbst die verabschließende Gesetze sind wieder zur Anwendung gebracht, die Freiheit der Presse und der Vereine wird auf das Neuerste beeinträchtigt, auch nach Aufhören des Kriegszustandes, so daß das Gericht entstehen konnte, Herr von Plessen braucht seine Macht, um die Einderlebung in Preußen zu binden und die Personal-Union mit Dänemark wünschenswert erscheinen zu lassen.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Reichenberger (zur Geschäftsordnung): Der § 2 der Commissionsvorlage kann auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung ohne Verlegung der Verfassung nicht erledigt werden. Art. 107 der Verfassung greift hier Platz. Sobald ein Land in Preußen einverlebt ist, tritt die Verfassung eo ipso in Kraft und alle Rechte der Preußen werden von den Einverlebten geheilt, ohne daß es einer Publication der Verfassung bedarf. Rechtlosigkeit in Preußen ist unentbar. Durch die Nichtausführung der Verfassung bis zum 1. October 1867 in den einverlebten Staaten wird folglich die eo ipso zu Recht bestehende Verfassung für dieselben suspendirt, daß kann aber nur auf Grund des Art. 107 geschehen. Die Vorlage, daß sie eine Verfassungsänderung implicirt, bedarf also zweimaliger Lesung, bevor sie an das Herrenhaus gelangen kann. Abgeordneter Graf Schwerin, John (Lubiau) und Graf Gulenburg widersprechen. Der Letztere bemerkt: da eine Suspension der ganzen Verfassung überhaupt nicht möglich ist, so wäre nach Reichenberger das ganze Gesetz unmöglich.

Ref. Kannegiesser: Unser Preßgesetz wird keinen besondern Schutz verleihen. Nach großen Ereignissen darf man nicht prüfen, was Recht sei, sondern was wert sei, Recht zu werden.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Simson: Das Citat, welches Abg. Kant aus einer von mir am 23. März 1866, also vor dem Kriege gehaltenen Rede entnommen hat, lehne ich feierlich von mir ab; das Maßstab der Rechtszustände vom März 1865 an die heutigen Ereignisse zu legen, heißt nichts weiter, als mich bewegen, eine fine Idee aufrecht zu erhalten; und das können nur solche Leute, welche die Vorgänge dieses Sommers in einem unerstöbbaren Winter schlaf verbracht haben; das kann ich aber nicht und ich werde mit gutem Gewissen für die Annexion stimmen, nachdem die Frage eine ganz andere geworden.

Abg. Kant verhahrt sich gegen den Vorwurf der „fixen Idee“.

Der Antrag des Abg. Becker wird abgelehnt, dagegen stimmt auch die nationale Fraktion.

S 2 des Gesetzes wird darauf angenommen, ebenjo § 3.

Es wird der Antrag auf nämliche Abstimmung über das ganze Gesetz eingebrochen, aber nicht hinreichend unterstützt. — Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dunder: Da mir wiederholt durch die Schlußabstimmung das Wort abgeschnitten worden ist, komme ich mich gegen eine Neuherierung des Abg. Zweiten gegen mich und die Neuherierung des Herrn Ministerpräsidenten gegen die, welche gegen das Gesetz stimmen würden, nicht verhahren. Ich will deshalb ganz kurz mein negatives Votum motivieren. (Nüsse rechts: persönliche Bemerkung!) Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.

Es wird darauf über das ganze Gesetz abgestimmt; dasselbe wird angenommen; dagegen stimmen ungefähr 50 (die Polen, Katholiken und Einzelne aus der Fortschrittspartei und dem linken Centrum), u. A. Hagen, Hartort, Dunder, Claffin, Kapellmann, Grotte, v. d. Straaten, Berger (Solingen).

Präsident v. Forckenbeck erklärt, daß er trotz des Widerstands des Abg. Reichenberger die Abstimmung als eine definitive und das Gesetz für angenommen erklären müsse.

Finanzminister v. d. Heydt legt darauf dem Hause die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt für 1859 bis 1861 mit den Bemerkungen der Oberrechnungskammer, und die allgemeinen Rechnungen für 1862—63 vor. — Sie werden der Budget-Commission überreicht.

Die Petitionen werden für erledigt erklärt.

Von den beiden Resolutionen wird die des Abg. Dr. Becker mit namentlicher Abstimmung mit 140 gegen

Fassung enthält einige Unzulänglichkeiten, deren Beseitigung ein von mir gestelltes Amendment leicht bewirkt wird.

Regierungs-Commissionar Reg.-Rath Jacoby: Die Majorität dieses Hauses hat denselben Bestimmungen, welche das Gesetz enthält, in der Wegeordnung zugestimmt. Die Regierung hat es vorgezogen, diese Materie aus der Wegeordnung herauszugreifen, weil sie glaubte, damit schneller zu einem günstigen Resultat zu gelangen, zur Zeit aber, weil sie glaubte, daß dafür das lebhafteste Bedürfnis vorhanden ist. Der Entschädigungsanspruch, der früher fast nie erhoben worden, ist seit den letzten Jahren enorm oft aufgetreten und von den Gerichten stets als berechtigt anerkannt worden, so oft die Regierung den Bauconsens wegen der Fluchtlinien ver sagt hat. Von einem einzigen Mißerstandes des Gesetzes im Lande kann gar keine Rede sein, denn dasselbe ist ganz klar und unzweideutig abgefaßt; noch hat kein Gegner des Gesetzes uns Punkte gezeigt, in denen das nicht der Fall ist. Auch für Dörfer aller Art sind häufig Bebauungspläne nötig geworden, auch streichen Sie die Dörfer aus dem Gesetz heraus, so geben Sie dieselben der umstrittenen Anordnung der Polizeibehörde Preis. In Bezug auf die Amendments muß ich mich gegen den Antrag des Grafen Cullenburg erläutern, ja weit darüber in die Materie des Gesetzes eingreift.

Handelsminister Graf Jenaply: Die Kategorisierung eines Ortes als Dorf, Stadt, Ort ist ungemein schwer, ich erwähne an Langenbielau, an Königsblüte u. a., für welche dies Gesetz eine Wohlthat ist. Ich erinnere an Radowitz in Oberschlesien, an Oberhausen. Es gibt ja doch in den Dörfern auch Gemeindedarstellungen nach der Gemeinde-Ordnung, die brauchen doch eine Norm zum Bauen. Es bedarf einer festen gesetzlichen Regelung, um die Willkür abzu schneiden. Aufgehoben an früheren Vorrichtungen wird ja doch nur, was den speziellen Bestimmungen dieses Gesetzes entgegensteht.

Herr Hobrecht: Wenn man ein neues Gesetz machen will, so muß man vor Allem eine Verbesserung bewirken, kann man das nicht, so ist es besser, es beim Alten zu belassen und ich vermag nicht einzusehen, daß die Vorlage eine solche Verbesserung enthält. Vor Allem muß das Gesetz den Gemeinden bei Neuanlagen, Erweiterung oder Wiederaufbau von Städten, Vorstädten und Dörfern eine größere Selbstständigkeit darauf geben, daß vom Gemeindedarsteller und der Gemeinde bezüglich deren Vertretung und mit der Ortspolizei die betreffenden Bebauungspläne mit den Fluchtlinien etc. entworfen werden. Auch sollte den Gemeinden diejenige Initiative bei der Sache überlassen bleiben, welche das Gesetz der Regierung selbst überträgt. In diesem Sinne habe ich mit meinen Freunden einen Verbesserungsvorschlag eingebracht, dessen Annahme ich Ihnen dringend empfehle.

Herr v. Senft-Pilsach erkennt das Bedürfnis zu dem Gesetz an, will jedoch das Gesetz nur auf Städte angewendet wissen.

Herr v. Kröcher empfiehlt unbedingte Annahme des Gesetzes unter Verweisung auf die Anführungen vom Ministerium. Die Befugnisse der Regierung würden nicht erweitert, sondern nur eingeschränkt und geregelt, gerade deshalb empfiehlt sich die Annahme des Gesetzes.

Die Generaldebatte ist geschlossen. Der Referent Herr Elwanger rechtfertigt die Commissionsvorschläge.

Zu § 1 wiederholte Herr v. Waldau-Steinhövel seinen Antrag, die Dörfer aus dem Gesetz zu streichen. — Herr Richtsteig spricht für das Amendment des Gr. Cullenburg, welcher dann selbst empfiehlt.

Reg.-Comm. Geh. Reg.-Rath Mac-Lean erklärte sich im Namen der Regierung entschieden gegen das Amendment. — Bei der Abstimmung wird das Amendment abgelehnt, und § 1 nach der Regierungsvorlage angenommen, auch der Vorschlag des Grafen Cullenburg, den Paragraph hinter § 7 zu setzen, wird abgelehnt. Ebenso findet ein Antrag auf Vertragung keine Zustimmung. (Im Saale ist es völlig dunkel, die Stenographen erhalten Licht.) Vor § 2 wünscht Herr v. Senft-Pilsach den Eingang abgeändert zu haben. Das Gesetz sei für den Umfang der Monarchie, also auch für Hannover, Kurhessen etc. gegeben, darüber darf keine lächerliche Unwissenheit bestehen.

Herr Hasselbach beantragt auf's Neue die Vertragung. Viele Mitglieder müssen ja schon in einer Stunde wieder in Commissionen arbeiten. Man muß doch wenigstens eine halbe Stunde für sich haben, um Mittag zu essen (heute nicht). Nachdem auch Herr v. Waldau den Antrag unterstützt hatte, wurde um 3½ Uhr die Debatte auf Freitag 12 Uhr vertagt.

Berlin, 19. Dezember. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem kaiserlich russischen General-Major und General à la suite Sr. Majestät des Kaisers, v. Treppoff, den rothen Adler-Orden 1. Klasse, dem kaiserlich russischen Staatsrat Alexander v. Stenger den rothen Adler-Orden 2. Klasse, dem Kataster-Inspector, Steuer-Rath Ulfers, den königlichen Kronen-Orden 4. Klasse und dem Ober-Ausseher Wilhelm Janke bei der Strafanstalt zu Potsdam das allgemeine Ehrenzeichen verliehen; den Appellations-Gerichts-Vize-Präsidenten, Geheimen Ober-Justiz-Rath die Rege in Posen zum Unterstaats-Sekretär im Justiz-Ministerium, den Geheimen Justiz- und vortragen- den Rath im Justiz-Ministerium, v. Brandenstein, zum Vice-Präsidenten des Appellations-Gerichts in Naumburg a. S. und den Appellationsgerichts-Rath Schulz v. Bölden in Glogau zum Vice-Präsidenten des Appellations-Gerichts in Posen ernannt; ferner dem Ober-Justiz-Rath im vormaligen hannoverschen Justiz-Ministerium, Eggeling, und dem Obergerichts-Rath im vormaligen kurhessischen Justiz-Ministerium, Etienne, den Charakter als Geheimer Ober-Justiz-Rath mit dem Range eines Rethes zweiter Klasse, sowie dem Obergerichtsrath im vormaligen hannoverschen Justiz-Ministerium, Denke, und dem Hofgerichtsrath Horstmann aus Biesbaden den Charakter als Geheimer Justiz-Rath mit dem Range eines Rethes dritter Klasse verliehen; desgleichen dem Capitän-Lieutenant und persönlichem Adjutanten Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Adalbert von Preußen, v. Saint-Paul, die Führung des Namens „Le Tanneur v. Saint-Paul-Willare“ gefestet.

Das Mitglied der königlichen Direction der Oberhessischen Eisenbahn zu Breslau, Regierungs-Assessor Bielen, ist in gleicher Eigenschaft an die königliche Eisenbahn-Direction zu Scarabruen versetzt worden. — Der Regierungs-Assessor Klein zu Berlin ist als Mitglied der königl. Direction der Wilhelmsbahn nach Ratibor versetzt worden. — Die königl. Eisenbahn-Bau-meister Reps, Crone, Buchholz und Pichler bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn sind zu königl. Eisenbahn-Bau-Inspectoren ernannt und den drei ersten Betriebs-Inspectoren-Stellen verliehen worden.

Der Vicar Konzler ist als katholischer Religionslehrer am Gymnasium zu Neustadt W. Br. angestellt worden.

[Marine.] S. M. S. „Vimeta“ ist laut Anzeige des Schiff-commando's am 6. October d. J. in Honolulu angelkommen, nachdem dieselbe Callao am 2. September d. J. verlassen.

Berlin, 20. Dezember. [Se. Majestät der König] empfingen heute die militärischen Meldungen, sowie die Vorträge des Kriegsministers und des Militär-Cabinets. Audienz ertheilten Se. Majestät der König dem Landstallmeister v. Unger und General-Superintendenten Hoffmann. (St.-Ang.)

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Hannover, 20. Dez. Durch eine Bekanntmachung des General-Gouverneurs ist den freiwillig in die Cavallerie Eintretenden die Einstellung ausnahmsweise am 15. Januar n. J. gestattet worden. Der Termin für die Anmeldung der Unteroffiziere zum Eintritt in den Dienst ist bis zum 27. Dez. verlängert worden.

Hannover, 20. Dez. Der General-Gouverneur hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher die Grundsätze, nach denen bei dem Übergang der hannoverschen Offiziere in die preußische Armee verfahren werden soll, dargelegt werden. Die den Übergang nachsuchenden Offiziere behalten ihre Charge nach ihrem Patente, werden aber nicht günstiger placirt, als die in der preußischen Armee mit gleichem Patente Dienenden. Die um Pensionierung eintretenden und den Eid leistenden Offiziere können — sofern sie nicht Invaliden — durch allerhöchste Ordre zur Disposition gestellt werden. Dieselben erhalten ihre Pension nach preußischem oder hannoverschem Reglement, je nachdem der Pensionszäsure sich günstiger gestaltet. Die inaktiviven, nicht den Eid leistenden Offiziere können nur nach hannoverschem Reglement pensioniert werden. Jüngeren Offizieren, welche noch kein Recht auf Pension haben, kann der König eine Unterstützung auf Höhe eines halbjährlichen Soldes verleihen. Die im letzten Kriege invalide Gewordenen werden nach preußischem Gesetz pensioniert. Die in der hannoverschen Armee bis zur Besatzung des Landes verbleibenden hannoverschen Orden dürfen weiter getragen werden. — Die Frist für die Anmeldung der Offiziere zum preußischen Dienst ist bis zum 15. Januar n. J. verlängert worden.

Kiel, 21. Dezbr. Die „Kieler Zeitung“ meldet: Ein Präsidial-Reskript verfügt die unverzügliche Anfertigung der Listen zu den Parla-

mentswahlen in den Herzogthümern. Die Kieler Listen sind bis zum 29. d. M. zu vollenden. (Wolffs T. B.)

Wien, 21. Dezember. Die „Wien. Zeitung“ publicirt ein Gesetz vom 14. Dezember, womit vom 1. Januar 1867 ab die gesetzlichen Beschränkungen des Zinsfußes aufgehoben, und die Wucherstrafgesetze abgeändert werden. (Wolffs T. B.)

Florenz, 21. Dezbr. Das „Diritto“ schreibt: Das Programm der Parlamentsopposition lautet: Friede, administrative Decentralisation, Heeresverminderung um 20,000 Mann. — Romische Briefe vom 19. d. verschern, der Papst sei von der italienischen Thronbestreiter befriedigt. Gestern fand die erste Conferenz mit Tonello statt, welcher Antoni und Franchi bewohnten. (Wolffs T. B.)

Paris, 20. Dezember, Nachmitt. Prinzessin Clotilde ist heute von einer Tochter entbunden worden. (Wolffs T. B.)

der von der Polizeiverwaltung auf dem hiesigen Nodnitz-Canal errichteten Eisbach für Stubenschlitten und Schlittschuhläufer die Beaufsichtigung derselben dem Gartner Schill übertragen. Die im Laufe des letzten Krieges aus strategischen Rücksichten zerstörte Eisenbahnbrücke Wroclaw-Premja durfte noch vor Neujahr wiederhergestellt sein.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Posen, 19. Dezember. [Zur gelehrte Crilic.] Nach dem „Djennit pognansii“ sind von den neuerründeten Auslanden Deportirten 34 der hiesigen Provinz Angehörige über die Grenze gebracht worden. Einer derselben erzählte, daß sie mit Ausschluß der vom preußischen Militär desertierten und zu den Insurgenter übergegangenen Personen aus dem Gouvernement Osloo fast sämtlich entlassen seien. Die Milde des Generals Smidlow wurde von ihm besonders gerühmt. Die Hauptstadt Posen ist sehr stark besiedelt in dem Anfang von Ende zu den dortigen Eisenbahnbauten. (Ostd. B.)

S.-s. Krotoschin, 18. Dezbr. [Mehr Licht!] ist schon längst der stillen und laute Wunsch unserer Einwohnerstadt. Im Bewußtsein der hier herrschenden ägyptischen Finsternis waren die städtischen Behörden nicht abgeneigt,

als im Februar 1865 von Privalunternehmern die Concession zur Errichtung einer Gasanstalt nachgesucht ward; dieselbe zu erhalten, wurden aber sehr bald darüber sich klar, daß eine Gasanstalt für Rechnung der Commune als gemeinnützig und rentabel Unternehmen ins Leben zu rufen sei. Gestützt auf das Gutachten eines competenten Sachverständigen, des Gasanstaltsdirectors Lehmann in Breslau, daß eine Gasanstalt am hiesigen Orte rentieren müsse, und die Errichtung derselben seitens der Commune der Erteilung einer befreundeten Concession an Private vorzuziehen sei, haben die städtischen Behörden im Februar d. J. die Königl. Regierung erucht, ob deren Orts das Privilegium zur Ausgabe von 40,000 Thlr. Stadtobligationen zum Zwecke eines Gaswerkes zu bestimmen. Die Aufsichtsbehörde hat die Gemeinnützigkeit und Rentabilität des Unternehmens nicht bezweifelt, jedoch spezielle Bauanschläge und eine sorgfältige Rentabilitätsberechnung gefordert. So viel wir gehört, ist, naddem in Folge der während des Sommers schwelenden ungünstigen Zeitverhältnisse weitere Schritte in dieser Angelegenheit unterbleiben mußten, dieser Anforderung jetzt, oder soll wenigstens genugt werden. Als belegendes Beispiel der nachweislichen Rentabilität haben wir hervor, daß jetzt außer 1½ Millionen Kubikfuß Gas zur Strafendienstleistung ein Prival-consum von 1½ Mill. Thlr. Gas gesichert ist, und daß, sofern letzterer Consum sich nur auf 2 Mill. Thlr. erhebt, der Gasanstalt jährlich 1600 Thlr. Ueberflüsse erzielen. Wenn davon 1000 Thlr. zur Amortisation verwendet werden, kommen der Kämmererlohn 600 Thlr. zu gute. Letztere würde mithin für ½ Mill. Thlr. Gas statt 1000 Thlr. nur ca. 400 Thlr. verausgaben, ungefähr so viel, als die gegenwärtigen 23 Dellatern kosten. Wir wollen hoffen, daß die Beschaffung der zum Bau der Gasanstalt nötigen Mittel mit Energie in die Hand genommen werde und daß die numerisch schwache Opposition, welche die Ausführung dieses gemeinnützigen und rentablen Unternehmens noch immer hindern will, bemüht, allmäß zu einer anderen Überzeugung gelange.

Vorträge und Vereine.

Breslau, 18. Dezember. [Frauenbildung-Verein.] Herr Director Dr. Gleim hielt gestern einen belehrenden Vortrag über Dosen und deren Behandlung. Daß dieselbe eine sehr wichtige ist, steht unbestreitbar fest, so wie daß die Kenntnis der chemischen Vorgänge der Verbrennung erforderlich ist, um richtig betrieben zu werden; Lavoisier erst habe den Prozeß des Verbrennens entdeckt. Hierauf gab der Vortragende verschiedene Fingerzeige über das Verfahren beim Heizen und bei Füllung der Dosen. Ein Hauptstück sei Reinigung des Rothes, der Ösejüle und des Rohrs. Nachgemachte Kohlen verbrauchen viel mehr Öl als trockene, und sei jenes Verfahren auf Irthium gearbeitet. Schließlich sprach Herr Dr. Gleim über Vergiftung durch Kohlen-Drygas, die am besten durch lösliche Öle beseitigt werden. Hierauf teilte der Vortragende mit, daß vom 1. Januar ab hr. Silberstein in einem neuen Cursus in der Buchführung erzählen werde, der von den Mitgliedern des Vereins billigt zu benutzen sei. Für den Unterricht in Benutzung der Nähmaschine wird das Atelier der Frau Neumann (Carlsstraße) empfohlen; für bedürftige Mädchen werden drei Unterstützungen ausgegeben (Meldungen bei Frau Dietrich Klosterstraße Nr. 19 abzugeben), doch müssen die Mädchen im Weißnaben der Wäde, Buschwinden schon eine gewisse Fertigkeit erlangt haben. Haben sie ihre Lehrzeit gut benutzt, so sollen 2 von ihnen je 5 Thlr. und eine zehn Thaler aus der Vereinstafse erhalten. Ferner werden solche Eltern aufgefordert, welche ihre Kindermädchen zu größerer Läufigkeit ausbilden lassen wollen, sich beim Vorstand zu melden. Diese Mädchen sollen sich dann mit den Kindern Nachmittags in dem Kindergartenlocal (Breitestraße Nr. 25) einfinden und werden dieser Chaussee verhandelt haben. Sie brachten die willkommene Nachricht zurück, daß Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung in Kempen sich ebenfalls für die kurze Linie erkläreten und daß überbaupt schon im Jahre 1862 von den Kemper Kreisständen beschlossen worden ist, sobald die Rechte-Ober-Ufer-Eisenbahn gebaut wird, augenblicklich den Ort Kempen mit der ihm zunächst liegenden Eisenbahnstation durch eine große Chaussee zu verbinden. Die nächste Eisenbahnstation von Kempen ist Namslau, das von ersterem Ort nur 4 Meilen entfernt ist. Dieser Beschluss wird hoffentlich in der morgen in Kempen stattfindenden Kreistags-Versammlung aufrecht erhalten werden. Das in Nr. 582 d. Bl. befindliche, diese Chaussee-Angelegenheit beprechende Interat verdiest deshalb nicht die mindeste Widerlegung, weil es nur Sonder-Interessen verfolgt.

A. Breslau, 18. Dez. In der am gestrigen Tage abgehaltenen Sitzung des Schlesischen Alterthamer-Museum-Vereins legte Herr Prof. Dr. Cybulski in dem hiesigen Museum angehörende kleine Hausaltärchen und Kreuze nebst zwei anderen im Privatbesitz befindlichen Altärchen, sowie Bildnisse von 4 dieser Gegenstände als Unterlage seines zu haltenden Vortrages: „Über die slawisch-russischen Hausaltärchen und Kirchenkreuze vor. Unter den 11 Gegenständen befindet sich auch ein Altärchen, welches von dem hiesigen Lic. Herrn Knoblich von einem hausen Leicht auf der Altbürgerstraße aufgefunden worden ist, als eben ein Wagen im Begriff war, darüber hinwegzufahren. Nach der Überzeugung des Vortragenden sind diese Gegenstände in der Zeit der Freiheitskriege nach Schlesien gekommen. Sie sind byzantinischen Ursprungs, zum Theil Fabrikarbeit, wurden von der russisch-griechischen Seite der Aligabudinen (Apostolinen) zur Zeit ihrer Verfolgung als Amulette getragen, weshalb sie alle Seiten haben, oder zu den heiligen Andachtsübungen benutzt und sind sehr alt, so daß sie etwa aus der Zeit des Bilderschlages, einzige von noch früher, stammen. Alle diese Verhüttungen beweist der Vortragende aus der Form der Altäre und Kreuze, aus den Figuren und deren Attributen, aus der slawischen Darstellung, aus den Täfelchen, Buchstaben, der Masse, überhaupt aus Umständen, auf welche der Nichtgeweihte entweder nicht achtet oder die ihm ganz entgeht. Vor Allem kam dem Vortragenden die genaue Kenntnis der slawischen Sprache zu Gute und der nominell auf den religiösen Gegenständen gebrauchten Kirchensprache. Unter der großen Zahl historischer Notizen über damalige Sitten, Kleidung, Bildungsstand, Kunst u. s. haben wir nur die über die Grabgewölbe von Kiew, in denen gegen 800 Heilige eingeschlossen liegen, berichtet. Nach der Mittheilung des Vortragenden habe auch Kaiser Nicolaus dieselben besucht und in seiner Heiliglichkeit gegenüber den Legenden-Mittheilungen des ihm führenden Mönches einem der Heiligen die Kopfschädel abgeschlagen. Da habe sich der Mönch empört hoch aufgerichtet und gesagt: Kaiser! hebe die Mütze auf und setze sie an ihren Ort. So lange das Volk glaubt, wird es geboren. Schweigend habe der Kaiser dann gehalten, was der Mönch gesagt. Der Vortrag wurde abgebrochen und wird die Fortsetzung am 7. Januar 1867 folgen. Der Verein wird diese erste bis jetzt über diesen Gegenstand gemachte Arbeit in seinen Berichten aufnehmen und durch Zeichnungen illustrieren. Herr Doctor Dr. Luchs, welcher die Sitzung leitete, zeigte außer einer Sesterie aus Kaiser Hadrians und einem Goldstück aus Kaiser Constantins I. Zeit einen ungarischen Messias-Bronzestempelkopf, welcher eine Schnur enthielt, darstellend eine Scene aus dem Kampfe des Brini gegen die Türken, also aus dem Jahre 1566. Derselbe ist dem Museum von Hen. Kaufm. Selbsherr geschafft worden. Das Merkwürdigste war aber ein Fingerring von Gold und mit einem blauen Diamant, welcher bei Grottau in einem heidnischen Begegnungsort gefunden worden ist. Der Wert des Rings besteht außer der Arbeit darin, daß er bis jetzt der einzige in Schlesien aufgefundenen altrömische Schnur gegenstand ist. Er gehört der Frau v. Thiele-Winkel, welche die Güte hatte, denselben zur Ansicht einzubringen. Möchten später Besitzer desselben auf dieses Kleinod achten, damit es nicht einst für die Welt verloren gehe!

Breslau, 18. Dez. [Handwerker-Verein.] Die gestrige Abend-Versammlung war der Fragebeantwortung gewidmet. Unter den zu Erledigung gelangten Fragen erregte zunächst eine Frage Aufmerksamkeit, welche dahin ging: ob die in festreden gehabte Verbilligung der Wissenschaft und ihrer Arbeiter mit den Männern der Arbeit auf Wahrheit beruhe oder nur eine scheinbare Redensart, resp. ein frommer Wunsch sei? und wenn die innige Verbindung der Gelehrten und der Arbeiter Wahrheit sei, woher es kommt, daß so viel ältere Lehrkräfte sich zurückziehen und so wenig jüngere sich anschließen? ob das eine Eigenheitlichkeit Breslaus sei oder ob es im Verein oder sonst liege. Mitglied Scheil, welcher das Wort ergriff, bellagierte die verhältnismäßig geringe Verbilligung der Gelehrten am Verein und saß die Ursache zunächst darin, daß mancher Vortragende unangenehme Erfahrungen gemacht habe, ferner aber ein gemischter Egoismus und „Aristokratismus“ die Gelehrten abballe, sich in die Kreise der Arbeiter zu mischen. Dr. Eger ließ der eigentlichen Beantwortung der Frage eine scharfe Kritik ihrer „wenig

logischen" Fassung vorzugehen und wies auf das Bestehen des hiesigen Vereins als auf einen Beweis hin, daß die Verbindung (richtiger "Verbindung der Wissenschaft und Arbeit") eine Wahrheit sei, kein bloßer frommer Wunsch, noch weniger eine "Festredensart"; die Beteiligung der Gelehrten an dem Verein, bezüglich an dem Werk der Volksbildung im Allgemeinen sei allerding nicht so groß als z. B. in Berlin, wo auch die sogenannten "höheren Stände" es nicht verschämen, sich an solchen Vereinen zu beteiligen. In Breslau liege das anders, Breslau sei ein Ort, worin alles eine persönliche politische Frage werde und schon das Vortragshalten im Handwerker-Verein als eine "demokratische" oder wenigstens "liberale" Handlung gelte, vor der sich der Conservativen meistens fernhalten. An dieser beschränkten, oft gebissigen Auffassung, welche bindere, gediegene und verbiestvolle Männer zu verwenden, wenn deren politische Färbung nicht zufasse, sei schon vieles Gute in Breslau gezeichnet. — Das Zurückziehen der älteren Lehrkräfte bestreitend, sei der in der Frage ausgesprochene Vorwurf so wenig wahr, als hinsichtlich des geringen Anschlusses neuer Kräfte; wo dies gelde, sei optimal der Grund darin zu suchen, daß der Standpunkt des Betreffenden bereits ein veralteter sei. — Wenn aber ein Mann der Wissenschaft sich dem Vereine widme, so habe er kein Gehalt zu erwarten, die Anerkennung des Vereins sei sein einziger Lohn. Literat Krause nahm eine milde Kritik der Fragen in Stütz, wies auf Berlins große Thätigkeit in Förderung des Vereins hin, indeß ein anderes Mitglied der Versammlung namentlich die Freiheit der Lehrenden auch hinsichtlich ihrer Nichtbeteiligung verlangte und mit Gründen motivierte, die in ihrer Eigennatur und ihren Beziehungen liegen, was er besonders auch gegen die geforderte "Verbrüderung der Arbeiter und Gesetzten" geltend mache, indeß die "Verbindung der Wissenschaft und Arbeit" ja schon unbestreitbare Thatsache sei. Nach einigen Bemerkungen des Vorsitzenden Hillebrandt u. a. wurde diese Frage verlassen und zu einer den Verein gleichfalls nahe berührenden übergegangen, "ob nicht bei dem Magistrat ein Vereinslocal nachgesucht werden solle?" Krause motivierte die Frage damit, daß ein solches Verlangen gerecht sei, weil Staat und Gemeinde die moralische Verpflichtung haben, wie den Kindern Schulunterricht zu gewähren, auch der Erwachsenen Fortbildungsmöglichkeiten zu fördern, und der Verein werde durch Bezahlung der Säle in seinen Geldmitteln angegriffen, und habe nicht einmal die Säle im nötigen Fall zur sicheren Verwendung. Der Vorsitzende und Dr. Eger sprachen dagegen, weil sie sich von der Wiedereröffnung eines solchen schon vergleichbar versuchten Unternehmens nichts versprechen, so lange sie nicht wenigstens einen bestimmten Saal verlangen können. Literat Krause indeß beharrte auf seiner Ansicht, weil er, wenn nicht für den augenblicklichen Fall, doch für künftig Erfolg von Befreiung dieser Angelegenheit in der Stadtoberordneten-Versammlung erwarte; Ausdauer in den Forderungen des Volkes führe, wie England zeige, endlich zum Ziel. Dr. Eger versprach, eintretenden Fällen seine Befürwortung in der Stadtoberordneten-Versammlung. Hierauf erlebte der selbe einige medicinische Fragen; Literat Krause gab anlässlich den bevorstehenden Parlamentswahlen Aufschluß über Urwahlen, direkte und indirekte Wahlen, Lindecker teilte mit, daß der nächste gesellige Abend am 5. Januar r. das Narrenfest des Handwerkervereins am 26. Januar stattfinden werde, die Befreiung über die Petition des Berliner Arbeiter-Vereins an die dortigen Kommunalbehörden wegen Aufhebung des Zwanges zur Beteiligung an den Kranken- und Unterstützungsstellen wurde vertagt, die Versammlung durch Sammlung für die Weihnachtsbescherung für arme Kinder geschlossen.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur. (Section für Obst- und Gartenbau.) Eine am 7. November d. J. anberaumte Sitzung, welcher beizuwunden nach fröhlerem Beschlusse an den hiesigen Central-Verein für Gärtnerei und Gartenfreunde eine besondere Einladung ergangen war, fand lediglich zu dem Zwecke statt, um nach dem der Section durch den Verein zur Förderung des Gartenbaues in den königl. preuß. Staaten zu Berlin ausgesprochenen Wünsche mit jenem Vereine bezüglich event. aus Gärtnereien Schlesiens erfolgender Beschilderung der im Jahre 1867 zu Paris stattfindenden internationalen Ausstellung auch von Gartenprodukten eine Gemeinsamkeit und Einheit zu bewirken. Die von beiden Seiten hierfür zu erkennen gegebenen Bereitschaft, gab dem Präses der Schlesischen Gesellschaft, Hrn. Geb. Med. Rath Prof. Dr. Goppert, welcher die Güte hatte, dieser Sitzung beizutreten, Veranlassung zu dem gern angenommenen Vorschlage: demnächst durch eine erwähnte gemeinsame Commission beider Vereine über die Art und Weise berathen und beschließen zu lassen, durch welche unter Berücksichtigung vorläufig getellter Anträge eine einheitliche Beteiligung der schlesischen Gärtnereien an der erwähnten Pariser Pflanzen- und Früchte-Ausstellung herbeizuführen sein dürfe.

Die Sitzung am 21. November d. J. wurde eröffnet mit Vorlage der zuerst erschienenen Heft zweier pomologischer Kupferwerke und der Wahl zweier Mitglieder, welche nebst dem Secretär bei der in der letzten Sitzung beschlossenen Commission die Section zu vertreten haben. Aus den hierauf durch den Secretär gemachten Mitteilungen eines Schreibens des Lehrers Hrn. Oppeler in Plania, Secretär des Ratiborer Gartenbau-Vereins, möge hergehoben sein: daß die Obstcultur in dem Ratiborer und den an diesen grenzenden Kreisen unter den kleinen Leuten auf dem Lande erfreuliche Fortschritte mache, dagegen die wenigen Dominal-Obstbaumhülen, besonders in Bezug auf richtige Sortenzeichnung Manches zu wünschen ließen, und hieraus zum Theil der geringe Absatz resultiere, über welchen sich diese belägen; ferner, wie auch in der näheren und weiteren Umgegend des Briefstellers nicht allein der in der letzten Hälfte des Mai eingetretene Frost die Blüthen der Obstbäume vernichtet, sondern später eingetretene Stürme auch den verbliebenen sehr geringen Fruchtanfall heruntermaren und somit fast jede Obsternte, namentlich diejenige von Äpfeln vernichtet. Weiterhin erwähnte Hrn. Oppeler der vorangegangene Güte und des reichen Ertrages der ihm von der Section in diesem Frühjahr zum Verfuchsanbau gratis zugewiesenen Erbien: Non plus ultra, Woodford green und neue engl. große Bredt Zuder, sowie, daß die Schuljugend seines Ortes die von ihm geschenktweise erhaltenen Blumensträucher gut pflege, mit den daraus erziehenden Blumen in der Stadt gute Geschäfte mache, durch diese nützliche Betriebsamkeit aber auch von schädlichem Mühlengange abgehalten werde. — Wie sehr die diesjährige Obsternte durch den oben erwähnten Spätfrost beeinträchtigt wurde, geht auch aus einem Briefe des Garten-Inspectors Hrn. Becker in Miedowic her vor, welcher Klage darüber führt, daß selbst die bis dahin in reichem Büthenhumus gestandenen wilden Birnbäume nicht fruchttragend genug waren, um den Samen zur Anzucht der erforderlichen Wildlinge in genügender Menge zu liefern.

Hr. Hofgärtner Schwedler teilte brieftisch mit, daß er in diesem Jahre von dem glänzenden Erfolge begleitete Verluste mit Anwendung von Steinkohlengras zur Anzucht von Stecklingspflanzen gemacht habe; der sehr zu beachtende Vorteil dieses Materials bestehe darin, daß die Stielinge nicht leicht faulen und sich schnell bewurzeln. Derselbe em fühlte ferner zu Gruppen, welche einen vor trefflichen Effect machen, die beiden Amaranthaceen: Plectranthus verschaffeltii et Achyranthus verschaffeltii und erwähnte dabei einer von ihm aufgestellten, 2 Q.-R. großen, höchst imponanten Gruppe aus nur buntblättrigen Pflanzen, unter denen sich auch der neue weißbandirte japanische Mais befand. Auch gab Hr. Schwedler Nachricht davon, daß er gelungene Befruchtungsversuche mit Lilium lancifolium und dem neuen L. auratum gemacht habe, und empfahl zur Herstellung moderner Blumenrep. Pflanzen-Parterres die neuen buntblättrigen Species der Althernanthes in Verbindung mit den silbergraublättrigen Ajuga reptans, Centauria candidissima et gymnocarpa, Cerastium Biebersteinii, Gnaphalium lanatum et Leucophyta Brownii.

Eingesendet waren von Hrn. Kunstmärtner Grunert in Drzago wo Blütenwege der leider nur zu wenig cultivirten Adhatoda saica Nees (Justicia Adhatoda L.) eines zeylonischen Strauches, welcher im Kalathaus in freien Gartenboden gepflanzt bis 16 Fuß Höhe erreicht und durch seine großen, weissen, inwendig purpur linirten, mit rostfarbenen Flecken bestreuten, in eine Ahre versammelten, reichen Blüthen vom Juni bis in den Spätherbst erfreut. Diese waren mit Früchten belegte Zweige beigesetzt von Ficus stipulata Thb. (F. scordens Lam.); interessant war an demselben die dieser Pflanze eigentümliche merkwürdige Ersteinnung der an älteren Exemplaren getriebener Fruchtranken bei Weitem grösseren und anders geformten Blättern, als man solche an dieser Species in unsern Wäldern zu sehen gewöhnt ist.

Der Secretär berichtet, daß zu dem Inventarium des Sectionsgartens die 15. und letzte Lieferung des „Illustrirten Handbuch der Obstfunde von Jahn, Lucas und Oberdieck“ angekauft wurde, erhält die Genehmigung zur Anschaffung des vollständigen Registers zu den ersten 10 Bänden des „Illustrirten Monatschrift für Pomologie“ u. v. Oberdieck und Lucas“ für die Bibliothek und macht Mittheilung davon, daß nunmehr auf Gründen der Section das Präsidentium der schlesischen Gesellschaft an das königl. Ministerium für landwirtschaftliche Angelegenheiten eine Petition gerichtet habe, um pecuniäre Unterstützung zur Ausführung der nothwendigen Baulichkeiten auf dem von den hiesigen städtischen Behörden zum Zwecke eines durch die Section anglegenden pomologischen Gartens, mit so anerkannter Wertigkeit, wie es die zugesuchten Areale von ca. 16 Morgen Flächenraum, dicht hinter dem Park von Scheitnig. Gegenjo berichtet der Secretär noch, daß das Preisverzeichnis über die aus dem Obstbaumgarten der Section in diesem Herbst und dem Frühjahr 1867 abzugebenden Obstbäume und Sträucher zur Verwendung gelangt sei, auf porto freies Verlangen auch Nichtmitgliedern franco zugesendet werden würde, und dasselbe an richtig benannten Sorten 96 Äpfel,

83 Birnen, 15 Pfirsiche, 33 Weinreben, 26 Stachel-, 12 Johannis-, 9 Himbeeren und 14 Erdbeeren mit denjenigen speziellen Angaben enthalte, welche bei Ausgabe des vorjährigen Verzeichnisses die vielseitige Anerkennung her vorreisen.

C. H. Müller.

In der Sitzung der historischen Section der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur am 7. Dezember hielt Herr Director Schück einen Vortrag über die Unruhen in Schlesien, namentlich der Weber, in und nach dem Jahre 1793 und über die Maßregeln zu deren Beseitigung.

Das Mercantil-System Friedrichs des Großen hatte den Leinwandhandel, die Quelle vieler Wohlstandes in Schlesien, untergraben, das Ausland, namentlich Irland, trat in Concurrent und die Leichtfertigkeit, ja der Betrug bei Anfertigung der Waren, war noch mehr Ursache, den Markt für schlesische Leinen zu verkommen. So wurde die Handels-Conjunctur für Schlesien ungünstig; die Weber aber glaubten, es sei nur der böse Wille der Kaufleute hierbei thätig, und leiteten den Druck, unter dem sie litten, auf diese Quelle zurück. Dazu kamen unvorsichtige Reden einzelner Kaufleute, so daß der Unwill der Weberbündelung sich steigerte, ohne jedoch sich weiter als bis zum bloßen Tumultuiren zu erheben. Gleichzeitig waren aber von anderer Seite Plakate, Flugblätter gegen Regierung, Adel und Geistlichkeit verbreitet worden, welche aus Schadenfreude, Neugier, Scandalsucht eifrig gelesen, ja sogar in Wirthshäusern von Schullehrern vorgelesen wurden. Dagegen ließ nun der Minister Graf von Hoym Androhung und Strafenfolgen ergehen, gegen die aufrührerischen Weber aber, die daheim mit Stöcken bewaffnet auftraten, Soldaten marschierten.

Der Minister ging so weit, gegen die Verbreiter jener Plakate und Libelle den Tod anzudroben, es kam aber zu keiner Hinrichtung; dagegen wurden die gegründeten Beschwerden der Weber über den von Kaufleuten gegen sie geübten Druck untersucht und ihre Beseitigung anbefohlen. Bribatlente, z. B. der Kaufmann Lippe in Schmiedeberg, Lachmann in Greiffenberg, traten selbst thätig helfend ein und thaten mehr als der Minister, der die dargebotene Hilfe so verlausigte, daß sie nicht annehmbar war. Doch half der Strafbau im Gebirge und Friedrich Wilhelm II. ließ aus Preußen Flachs kommen, der wohlfeil verkaufte. Der König selbst war für freien Handel, aber das allgemeine Gefühl war dagegen, und statt durchzugehen gab er nach. Unterdessen waren die Aufstände der Handwerker in Breslau vorgekommen, die außer allem Zusammenhang mit jenen Unruhen standen und auch nicht Bezug auf die französische Revolution hatten. Der Minister aber hatte große Furcht vor dieser und suchte auf alle Weise, auch durch sehr ungewöhnliche Censurmaßregeln gegen Leibbibliotheken und Lesezirkel, den bösen Geist zu beschwören.

Richtiger erkannte die Kammer zu Groß-Glogau die Lage der Dinge, und vor dort, wie von einzelnen Männern, Räthen unter Hoym, ging die Befreiung zu den angemessenen Maßregeln aus, welche in den ersten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms III. das verbreiteten, was später zur Umgestaltung der ganzen Staatsverhältnisse führten sollte.

J. Kutz, als Secretair der Section.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. in Pariser Linien, die Temperatur in Barometer, die Lufttemperatur in Celsius.

Breslau, 20. Dez. 10 U. Ab. 337,09 + 2,1 NW. 2. Trübe.

21. Dez. 6 U. Mrq. 336,30 + 1,6 W. 2. Trübe.

Breslau, 21. Dez. [Wasserstand.] O. B. 4.5.3. U. B. 1.5. — C. is stand.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 20. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Die 3proc. begann zu 69, 30, wodurch bis zu 69, 15 und schließlich zu 69, 10 bis zu diesem Course. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89% gemeldet. Schluss-Course: 3proc. Rente 69, 15, Ital. 5proc. Rente 57, 02. 3proc. Spanier — 1proc. Spanier —. Oesterr. Staat-Eisenbahn-Aktion 403, 75. Credit-Rob. Aktien 495, —. Lombard. Eisenbahn-Aktien 380, —. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. opt. 302, 50, 6% Ver. St. Nr. 1882 81%.

Paris, 20. Dezember, Nachm. Das Haus Houblon hat der spanischen Regierung ein Darlehen von 90 Mill. Francs gegeben.

Bankausweis. Vermehrt: Baarborrat um 17%, Portefeuille um 7%, Vorschüsse auf Wertpapiere um 1%, Guthaben des Schatzes um 21%, laufende Rechnungen der Privaten um 10% Mill. Francs. Vermindert: Notenlauf um 5 Millionen Francs.

London, 20. Dez., Nachm. 4 Uhr. Schluss-Course. Consols 89%. 1% Spanier 32. Sardinier 72. Italien. 5% Rente 56. Lombarden 15. Mexicaner 18%. 5% Russen 86%. Neue Russen 85%. Silber 60%. Türkische Anleihe 1865 33%. 6% Ver. St.-Anl. pr. 1882 71%.

[Bankausweis.] Notenlauf 22,100,485 (Zunahme 6690), Baarborrat 18,815,714 (Zunahme 264,234), Notenreserve 10,599,060 (Zunahme 195,155) pr. St.

Frankfurt a. M., 20. Dezember, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Biemlich fest. Schluss-Course. Preußische Kassencheine 105%. Berliner Wechsel 105%. Hamburg. Wechsel 88%. Londoner Wechsel 119. Wiener Wechsel 194%. Wiener Wechsel 89%. Spanier —. Neue 4% Metalliques 69%. 1% Spanier 32. Sardinier 72. Italien. 5% Rente 56. Lombarden 15. Mexicaner 18%. 5% Russen 86%. Neue Russen 85%. Silber 60%. Türkische Anleihe 1865 33%. 6% Ver. St.-Anl. pr. 1882 71%.

Oest.-Fr. St.-B. 5. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457.